

Druckzeit täglich früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition Johannstraße 33. Spedition der Redaction: Donnerstags 10-12 Uhr. Nachmittags 4-5 Uhr.

Die für die Abgabe eingesendeten Manuskripte werden: nur für die Redaktion nicht zurückgegeben.

Manuskripte der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Artikel an Wochentagen bis 8 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 7 1/2 Uhr.

Nr 325.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Freitag den 21. November 1879.

Auflage 16.000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Frachtpost 5 M., durch die Post bezogen 6 M.

Zusatz: 50 Pf. Petitvorteil 20 M. Gebühre Schichten laut unserem Preisverzeichniss - Zabel'sches Buch nach höherem Tarif.

Korrekturen unter dem Namen des Verlegers die Spaltenzahl 40 Pf. Druckzeit ist nicht an d. Expeditions zu senden. - Abdruck wird gegeben. Zahlung proannumzude oder durch Postrechnung.

73. Jahrgang

Bekanntmachung.

Die Zimmer- und Schmiedearbeiten für den Neubau der S. Ilijan Straße sind vergeben und werden bis unvörderlichst abblenden Herren Bewerber hieron in Kenntnis gesetzt.

Versand der Stadt Leipzig. Dr. Erdmann. Baugewinn.

Deutschland und Dänemark.

Das kleine Dänemark ist eine lange Reihe von Jahren hindurch der erbitterte Feind des deutschen Volks gewesen. Ein Gemisch von Hass und Neid bemächtigte sich aller Gesellschaftskreise des nördlichen Inselreiches, als die Erbfolgekämpfe nach einem unglücklichen Kriege endlich und für immer verloren gingen, und noch vor Kurzem konnte der dänische Kriegsminister General Kauffmann dem Vorkriegsdienst das deutsche Reich als den Erbfeind des Landes bezeichnen.

rufen glaubte, und wenn nicht Alles trügt, wird auch im ferneren Laufe der Verhandlungen die Entscheidung nicht bei den Merkmalen liegen. Auf der anderen Seite hat in Ermangelung eines Uebereinkommens mit Rom die angestrebte Revision oder gar Zurücknahme der Revisoren noch keinen Schritt vorwärts gemacht und nach dem Beispiel an durchaus ungeeigneter Stelle kann man erleben, daß bei der Verhandlung über den Etat des Kultusministeriums die jetzt in das achte Jahr sich fortspinnenden Kulturkampfdebatten in laum geminderter Schärfe und Länge sich wiederholen.

Wider alles Erwarten hat nunmehr der „Reichsanzeiger“ die Ernennung des Unterstaatssekretärs im preussischen Justizministerium von Schering zum Staatssekretär im Reichsjustizamt publicirt, eine Nachricht, die nicht verschleiert wird, ausser, und zwar kein erfreuliches, zu machen.

Organische Veränderungen im Staatsleben pflegen nicht ohne mehr oder minder große Unzulänglichkeiten Leben und Gestalt zu gewinnen. So konnte man auch nicht erwarten, daß eine so große und vielbedeutende Umänderung, wie die Durchführung der neuen Gerichtsorganisation

Politische Uebersicht.

Beipzig, 20. November. Nach sehr langwierigen Debatten ist, wie wir schon des Besonderen hervorgehoben haben, eine Resolution in den Plenarsitzungen des preussischen Landtages eingeleitet. Diese dient zum willkommene Gelegenheit, einen Rückblick zu werfen auf die wenigen Wochen, die seit der Eröffnung des preussischen Parlamentes vergangen sind, und auf die Stellung, welche die Parteien in dieser Zeit eingenommen.

noch das flüchtige Hinderniß, und das wird auch nicht eher weggeräumt erscheinen, als bis sich das Reich einer günstigeren Finanzlage erfreut. Zwar soll sich der Generalpostmeister bei seiner bekannten Verlässlichkeit mit allem Eifer der Sache angenommen haben, seit Herr von Bernuth durch seine Anträge im Reichstage, die er mehrmals wiederholte, die Anregung dazu gab; aber seine Energie konnte selbst die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht überwinden.

Was ist die socialdemokratische Bewegung nunmehr ihres epidemischen Charakters entleert, indem diese Krankheit anderer moderner Staatslebens ernährt noch immer Keime, deren Triebkraft keineswegs erlosch ist. Das politische Treiben der Anhänger des Justizstaates ist nach außen hin freilich erloschen, und taucht nicht hier und da Nachrichten über die Theilnahme der Socialdemokratie bei einer Reichstagswahl auf, so sollte man glauben, die einst so ruhige Partei sei tot und begraben.

Nach dem Reichsanzeiger berichtet der Weiteren das „Volkische Bureau“ über die soeben vollzogene Wahlen zum Landesparlament. Gewählt wurden: In Weidenburg der Bürgermeister Charpentier, in Reg. (Stadtkreis) Abel, in Reg. (Landkreis) Thierarzt Antoine, in Altkreis Baron v. Meisch, in Hagenau Notar Kleinhaus, in Erstein Baron Otto von v. Dulach, in Saarburg Reichstagsabgeordneter Gernain, in Zabern Goldberger, in Wittelsheim (Stadtkreis) Adjunct Schmeider, in Rappaltweiler Bürgermeister Riee, in Thann Bürgermeister Wehrhadt, in Olschweiler Notar Feinberger, in Saargemünd Reichstagsabgeordneter Jaumez, in Diedelshausen Koenig, in Etéouas-Salms C. vdy, in Holschen Salomon, in Forbach Wessling, Abel, Antoine, Gernain und Jaumez sind Vorkämpfer, die Parteistellung von Koenig, Groy, Salomon und Wessling ist noch zweifelhaft, die Ubrigen sind Autonomisten.

In Bayern sind Verhandlungen von Soldaten durch Subalternofficiere seit einiger Zeit nicht selten gewesen. Die Kammer der Abgeordneten ist diesen Vorgängen näher getreten. Auf eine Interpellation erwiderte der Kriegsminister folgendes: Die angeführte Thatsache, die Freisprechung des wegen Mißhandlung eines Soldaten angeklagten Unterofficiers durch die Geschworenen, sei richtig. Dem Kriegsministerium stehen gegen den Widerspruch der Geschworenen, wie es auch sein mag, sowie gegen die Freisprechung angefaßt der bestehenden Gesetze keinerlei Mittel zu. Er sei zu seinem Bedauern nicht in der Lage und nicht gewillt, das fragliche Verurtheilte in ein besseres Licht zu setzen, als der Interpellant gelte; gleichwohl betrachte er es nicht als billig, Erscheinungen wie die besprochene auf Zustände in der Armee zurückzuführen, solange sich solche auch in denselben Kreisen zeigen, aus welchen die Armee hervorgeht.

Unsere Leser werden mit Interesse an diesen Ausführungen des Herrn Kriegsministers Kenntnis nehmen.

Wie immer die parlamentarischen Nachrichten aus Oesterreich lauten mögen, die gesammte innere Politik der cisleithanischen Reichshälfte dreht sich gegenwärtig um das Wehrgesetz, dessen Schicksal nach wie vor in der Schwebe ist. Einige Boreilige knüpfen an den Antrag, den der Generaldirector der Wehrbahn, Abgeordneter von Kronenburg, Herr Eberl, im Club der liberalen Partei stellte und nach welchem die Kriegsmärkte von 800.000 Mann auf die Dauer von zehn Jahren, aber nur eine Friedenspräsenz von 230.000 statt 265.000 Mann zu bewilligen wäre, bereits die Offenbarung einer Vermittlung. Diese wäre nur gerechtfertigt gewesen, wenn die vorerwähnte Bedingung gewissermaßen nur zur Deckung des Budgetes gestellt worden wäre, und andererseits sah man die Sache so an; nach sicheren Informationen kann ein Correspondent der „N. N.“ aber sagen, daß der rechte Hinkel der Verfassungskarte mit der Reducirung des Friedensstandes vollständig Ernst macht und eine Ersparung von beiläufig 6 1/2 Millionen Wal-den damit anstrebt, welche die Steuerprojecte des Herrn Eberl, wenigstens die geschätzten, überflüssig machen soll. Die Regierung andererseits hat durch den Mund des Grafen Lauffe bereits erklärt, daß sie angesichts der internationalen Lage eine Verpflichtung zur Orabsetzung des Friedensstandes nimmermehr eingehen werde; sie will es, nachdem sie sich von der Bereitwilligkeit aller Fractionen der Rechten überzeugt hat, offenbar darauf ankommen lassen, das Wehrgesetz, so wie es ist, durchzuführen oder das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Der Cardinal-Rufinus in Wien hat an den Papst ein Schreiben gerichtet, in dem er seiner Heiligkeit die Theilnahme macht, daß die Unterhandlungen mit dem Deutschen Reiche soeben glücklicherweise zu Ende geführt wurden. Hoffentlich soll sich in diesen Unterhandlungen sehr vorwiegend um die Curie gekümmert und ihr mehrere Concessionen gemacht haben. Der Rufinus geht noch im December nach Berlin, um dort nochmals mit dem Reichskanzler zu conferiren, worauf er sich sojald zur Berichterstattung hierher begibt.

Die erwähnten Blätter bringen die Mittheilung unter mehr oder minder entschieden aufgedrücktem Vorbehalt.

Die Beziehungen zwischen den Cabineten von Berlin und St. Petersburg können keineswegs befriedigende sein. Als ein weiteres Anzeichen dafür registriren wir die uns soeben zugehende telegraphische Meldung, daß der russische Botschafter in Berlin, Herr von Dubril, etwa Ende nächster Woche in Petersburg erwartet wird. Derselbe wird bis zur Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers dafelbst bleiben. Was das Verhältniß zu England anbelangt, so erklärt die amtliche „Agence Russe“ gegenüber den der „Nouvelles“ von ihrem Pariser Correspondenten über seine Unterredung mit Lord Dufferin telegraphischen Mittheilungen, wonach der letztere gesagt habe, „England bedürfe zur Erfüllung seines Orientprogramms keines besonderen Einverständnisses (entente)“ und „der Friede läge in der Hand des künftigen Gortschakoff“, der englische Botschafter habe derartige Versicherungen nicht gethan; derselbe habe dem Correspondenten nur mitgetheilt, daß er in Petersburg noch einige Tage vor der Ankunft des Kaisers eintreffen werde, und ihn im Uebrigen bezüglich Auskunft über andere von ihm berührte politische Fragen an die maßgebenden russischen Stellen verweisen. Auch aus dieser Meldung läßt sich die Bestimmung heraus, welche in den officiellen Kreisen St. Petersburgs seit geräumiger Zeit vorherrschend ist.

Pariser Neuigkeiten von hervorragendem Interesse liegen zur Stunde nicht vor. Nach einem Telegramme der „Post“ hat der Marschall Canrobert eine längere Unterredung mit dem Kriegswissenschaftler gehabt, worin derselbe gegen die Communitare und Betrachtungen protestirte, mit denen Bonapartisten und Conservative seine Wahl zum Senator begleiteten. In Folge dessen hat der Kriegsminister in dem letzten Ministerrathe die Angelegenheit Canrobert zur Sprache gebracht und dieser daraufhin beschloffen, gegen den Marschall keine weiteren Maßregeln zu ergreifen, da dessen Haltung und Auftreten dazu nicht Veranlassung böten. Ueber den Gesundheitszustand des Prinzen Napoleon lauten die Nachrichten unglücklich. Der Prinz leidet an Diabete (Zuckerharn), zu der noch anderweitige Complicationen hinzugekommen sind. Ueberhaupt kann konstatiert werden, daß die Hoffnungen des Bonapartisten keineswegs überschüssig sind. Die Erwartung einer Restauration der Dynastie erscheint heut kaum als mehr, als ein bloßes Phantom.